

(Abgeordneter Hettner.)

(A) in der Rede des Herrn Grafen York von Wartenburg im preußischen Herrenhause, noch mehr aber in den Reden des Grafen v. d. Gröben und des Herrn v. Kardorff im preußischen Abgeordnetenhaus, die in den letzten Tagen gehalten worden sind, zeigt sich ein sehr bedenklicher preußischer Partikularismus. Deshalb habe ich mich außerordentlich gefreut über die Rede, die der Herr Reichskanzler im Landwirtschaftsrat gehalten hat. Er hat von ernstesten Zeiten gesprochen und hat dann betont:

„Und so hat sich auch jetzt wieder, ebenso wie es bei schlechtem Wetter alte Leibeschwächen und auch schon vernarbte Wunden tun, die alte deutsche Nationalstunde des Partikularismus neu gemeldet. Die *Itio in partes* ist zwar ein altes Institut, aber es versagt, wenn der Gegner massiert dasteht. Mit staatlicher Absonderung und Vereinzeln legen wir nur die Kräfte, die wir gesammelt brauchen, in unfruchtbaren Gegensätzen fest.“

Meine Herren! Wir hoffen, daß unsere Staatsregierung diesen Bestrebungen des Herrn Reichskanzlers die kräftigste Unterstützung leiht. Unsere Regierung ist — ich habe das im Eingange meiner Rede betont, im Anschluß an das, was der Herr Abgeordnete Dr. Zöphel gesagt hat —, sehr empfindlich gewesen gegen eine, unserer Meinung nach nur vermeintliche, Verschiebung der Grenzen nach der einen Seite hin. Ich hoffe, daß unsere Regierung ebenso empfindlich ist gegen jede Verschiebung nach der anderen Seite hin. Sie soll nicht zurückstehen gegen irgend jemand anders. Bismarck hat sich schon früher wiederholt gerade ganz besonders gegen den preußischen Partikularismus gewandt. Denn die gleichen Bestrebungen, die wir heute erleben, sind schon im Jahre 1867 bei der Gründung der Reichsverfassung hervorgetreten. Da hat Bismarck sehr treffend diese Bestrebungen dahin gekennzeichnet:

„Schwerer, als die Einwendungen vom unitarischen Standpunkte und ernstlicher gemeint, sind meines Erachtens diejenigen vom partikularistischen. Unter Partikularismus denkt man sich sonst eine widerstrebende Dynastie, eine widerstrebende Kaste in irgend einem Staate, die sich der Herstellung gemeinsamer Einrichtungen aus Sonderinteressen entgegenstellt. Wir haben es heute mit einer neuen Spezies von Partikularismus zu tun, mit dem parlamentarischen Partikularismus. Früher hieß es vom dynastischen Standpunkte aus: „Die Waiblingen, die Welfen!“, jetzt heißt es: „Die Landtag, die Reichstag!“

Meine Herren! Das ist, als ob es heute gesprochen wäre, es trifft genau auf die Bestrebungen des preußischen Herrenhauses und Abgeordnetenhauses gegenüber dem Reichstage. Dieser preußische Partikularismus ist aber der gefährlichste, weil naturgemäß Preußen die größte Macht im Reiche hat. Wir gönnen Preußen seine Macht, wir erkennen an,

daß Preußen sich die größten Verdienste um das Reich erworben hat, und wir vertrauen auch Preußen, daß es seine Macht ausübt immer nur im Interesse des Ganzen. Aber wir möchten warnen davor, meine Herren, daß dies niemals anders werde, und diese Warnung ist nötig, da sich aus den erwähnten Vorgängen ergibt, daß Bestrebungen im Gange sind, diesen preußischen Partikularismus gegen das Ganze von neuem wachzurufen. Da möchte ich auch wieder Bismarck entgegenhalten, der gesagt hat:

„Die Basis soll das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein, und dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden, solange man uns die Vertragstreue erhält.“

Meine Herren! Wir in Sachsen wollen diese Vertragstreue geloben. Ich weiß mich eins hierin mit sämtlichen bürgerlichen Parteien Sachsens. Sachsen hat sich seinerzeit schwer entschlossen, sich der Führung Preußens anzuvertrauen. Nachdem es aber diesen Schritt getan hat, haben seine Regierung und seine Bevölkerung nicht gewankt, sie sind stets treu zu Kaiser und Reich gestanden, sie sind ein Muster geworden in der Erfüllung ihrer Pflichten gegen Kaiser und Reich, und wir wollen hoffen, daß das so bleibt. Wir wollen wünschen, daß das gegenseitige Vertrauen, das unsere zum Reiche und das des Reichs zu uns, bestehen bleibt für ewige Zeiten.

(Bravo! — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Amen! — Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich bitte, nicht solche ungehörige Zwischenrufe zu machen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wieso?)

Das Wort hat der Herr Staatsminister von Seydewitz.

Staatsminister v. Seydewitz: Meine sehr geehrten Herren! Der Herr Abgeordnete Hettner ist noch einmal auf die Vorgänge zurückgekommen, die sich im vorigen Sommer anlässlich der Wehrvorlage abgespielt haben, und er hat auch seinerseits von einer Flucht in die Öffentlichkeit durch die sächsische Regierung gesprochen. Mein Herr Kollege, der Minister des Innern, hat bereits die Annahme zurückgewiesen, daß eine Flucht in die Öffentlichkeit seitens der Regierung stattgefunden hätte. Am allerwenigsten kann hier von einer „Flucht“ die Rede sein. Tatsächlich hat sich die Regierung während des Kampfes überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gewandt. Das wäre zweifellos ihr gutes Recht gewesen,

(Sehr richtig! rechts.)

aber sie hat es nicht getan, sie hat vielmehr den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit — ich wiederhole, während des